

1) In what context can we see the collapse of the German government? Could we say that it reflects a more general crisis of the German political system?

Ja, das politische System in Deutschland leidet unter Repräsentationsverlust. Faktisch zwingen die Wahlerfolge der AfD alle anderen Parteien dazu, einen Modus der Kooperation zu finden. Nur so kann man die extreme Rechte noch von der Regierungsmacht fernhalten. Das gilt besonders für den deutschen Osten. In Sachsen bedurfte es der Stimmen von Linkspartei und des Bündnisses Sarah Wagenknecht (BSW) um eine christdemokratisch geführte Landesregierung zu wählen. In Thüringen konnte der CDU-Ministerpräsident nur gewählt werden, weil er Stimmen von der Linken bekam. Der Repräsentationsverlust macht sich vor allem bei den Arbeitern bemerkbar. In Thüringen (49 %), Brandenburg (46%) und Sachsen (45%) war die AfD bei den regionalen Wahlen mit Abstand stärkste Arbeiterpartei. Bei den Wahlen zur Europaparlament bekam sie bundesweit 33 % der Arbeiterstimmen.

2) What does this crisis mean for the European Union today, given the political instability that also exists in France a lot of months now?

Deutschland ist dabei, seine Führungsrolle in Europa zu verlieren; aber es gibt keinen Staat, der an seine Stelle treten könnte, weil wir in Frankreich ebenfalls eine Pattsituation haben. Damit fehlt der EU ein politisches Zentrum, das in der Lage wäre, die auseinanderstrebende Gemeinschaft zusammenzuhalten. Wir haben es zunehmend mit blockierten Gesellschaften zu tun. Tatsächlich müsste die EU die Weichen in Richtung eines New Deal stellen, der sozial und ökologisch ausgewogen ist, um sich in der Konkurrenz mit dem chinesisch geführten Block und den USA unter Trump zu behaupten. Aber es fehlt ein politisches Kraftzentrum, das die Weichen in Richtung einer staatlich geförderten und geplanten Wirtschafts- und Industriepolitik stellt. Dass dies nicht geschieht, ist selbst aus der Perspektive eines ideellen Gesamtkapitalisten fatal.

3) Germany's attractiveness and leadership are increasingly at stake, both abroad and at home, as the imbalances of reunification are compounded by the advance of the far right in the eastern regions. What is your opinion in front of the February elections?

Der Ausgang der Wahlen in Deutschland ist völlig offen. Zwar liegen die Christdemokraten in Wahlumfragen deutlich vorne, aber sie werden keine absolute Mehrheit erreichen. Die beiden Kandidaten Merz und Scholz sind beim Wahlvolk gleichermaßen unbeliebt. Die Liberalen könnten den Bruch der Ampel-Regierung mit ihrem parlamentarischen Aus bezahlen. In der Konsequenz hieße das: Die Unionsparteien müssen entweder mit den Sozialdemokraten oder den Grünen als Juniorpartner regieren. Das heißt, wir bekommen ein Richtungswahlkampf, der aber nicht zu einer Richtungsentscheidung führen wird. Offen ist auch, ob es eine linke Opposition im Parlament geben wird. Weder die Linkspartei noch das BSW sind sicher im Parlament. Und mit dem Ukraine-Krieg gibt es ein Thema, dessen politische Wirkung gegenwärtig unberechenbar ist. Sowohl die AfD als auch das BSW versuchen sich als Friedenparteien zu profilieren. Der Eskalationskurs mit immer neuen Waffenlieferungen, den Christdemokraten, Grüne und Liberale propagieren, stößt in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung.

4) The developments in the Middle East have touched a sensitive point of German identity, which is the relationship with Israel. At the same time, however, the suppression and censorship of any voice that speaks in favor of Palestine has opened up the question of democracy and rights, while the supposed "moral superiority" of German politics, which in the name of "Nie Wieder" sends weapons to support a genocide, has disappeared. What is your approach to this issue?

In Deutschland wird jede Kritik an der Regierung Netanjahu und am Vorgehen der israelischen Armee unter Antisemitismusverdacht gestellt. Diese Haltung ist zur Staatsräson erklärt worden. Die Folge ist,

dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Der Terror der Hamas wird zurecht verurteilt. Es gibt öffentlich bekundete Solidarität mit den Opfern und große Unterstützung für die Forderung nach sofortiger Freilassung aller Geiseln. Das halte ich für richtig. Doch Menschenrechte sind unteilbar. Selbst im Krieg gibt es Regeln, die eingehalten werden müssen. Das Vorgehen der israelischen Armee sprengt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. In Gaza sterben Zehntausende unschuldiger Zivilisten, die Bevölkerung hungert, es mangelt der an der nötigsten gesundheitlichen Versorgung. Dafür trägt die Regierung Netanjahu die Verantwortung. Diese israelische Regierung und die israelische Armee zu kritisieren, hat nicht das geringste mit Antisemitismus zu tun. Dass die politischen Eliten in Deutschland auch hier wieder einmal mit zweierlei Maß messen, ist skandalös und trägt zum Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Klasse bei.

5) Let's also talk about Germany's economic crisis, which is largely part of a broader restructuring of the geopolitical balance that has been underway for several years. What conclusions can we draw from this economic crisis about the current state of the German economy, and more generally of German capitalism within the international environment?

Das Modell des Exportweltmeisters Deutschland ist am Ende – europäisch wie global. Deutschland hatte darauf gesetzt, die gesamte EU in eine Exportwirtschaft zu verwandeln. Doch dazu hätte es eines stabilen geopolitischen Umfelds bedurft. Das ist seit Jahren nicht mehr gegeben. Der Ukraine-Krieg führt dazu, dass billiges russisches Gas und Öl nicht mehr in gewohnter Weise zur Verfügung steht. Hinzu kommt: China und die USA sind gerade für Deutschland wichtige Absatzmärkte. Doch der chinesische Staatskapitalismus ist wegen sinkender Wachstumsraten verstärkt auf Exporte angewiesen. In den USA hat die Inflation Reduction Act für staatliche Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau gesorgt, wenngleich auch die fossile Wirtschaft boomte. Trump wird das „America first“ noch verstärken. Dem haben Deutschland und Europa gegenwärtig wenig entgegenzusetzen. Es gibt eine massive Deindustrialisierungsgefahr. Die Industrieproduktion ist in der gesamten EU eingebrochen. Allein zwischen Februar 2023 und dem Vergleichsmonat 2024 in der gesamten EU um 5,4 Prozent. Allerdings: Die Krise ist nicht naturwüchsig und teilweise ist sie inszeniert. Nehmen wir das Beispiel in der Autoindustrie: Die deutschen Hersteller haben über viele Jahre hinweg blendend verdient. Die Boni, die Spitzenmanager verdienen, die Zuwendungen an die Aktionäre – bis ins letzte Jahr war alles auf sehr hohem Niveau stabil. Vor der Pandemie hatten wir zehn Jahre eine lange Prosperität. Mit der Pandemie kam es zu einer weltweiten Rezession. Ein Teil der Unternehmen hat das benutzt, um Verlagerungspläne aus der Schublade zu holen, die schon lange existierten. Die Entscheidung von Ford, in Saarlouis nicht mehr zu produzieren und das Werk mit 5.000 Beschäftigten weitgehend dicht zu machen, folgte keinen Sachzwängen, sondern unternehmensstrategischen Überlegungen.

Kurz vor Weihnachten konnte die Gewerkschaft IG Metall bei VW nur mit größter Mühe und Not Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen verhindern. Ob ihr das auch bei thyssenkrupp gelingt und in anderen Unternehmen gelingt, ist völlig offen. Was derzeit in Deutschland passiert, ist ein Tabubruch. Für die Kapitalseite hat der deutsche soziale Kapitalismus ausgedient. Das Signal ist: Der Einfluss der Gewerkschaften ist zu groß. Es wird ähnlich wie im angelsächsischen Raum auf eine Niederwerfungsstrategie gesetzt. Viele sogenannte Experten empfehlen das: Der gewerkschaftliche Einfluss muss geschmälert werden. Das beruht auf kollektiver Amnesie. Denn in der Krise 2007 bis 2009 hat sich gezeigt, dass das Ansteigen der Arbeitslosigkeit nur verhindert wurde, weil Betriebsräte und Gewerkschaften Instrumente wie Langzeit-Kurzarbeit in den Unternehmen durchgesetzt haben. Da waren alle voll des Lobes über Gewerkschaften.

Zwar schlägt die derzeitige Krise schlägt noch nicht unmittelbar auf den Arbeitsmarkt durch. Wir haben nach wie vor eine Rekorderwerbstätigkeit, wenn auch mit einem hohen Anteil an prekärer Beschäftigung. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, findet in der Regel was anderes. Die Gefahr ist aber,

dass die Person einen Gehalts- und Statusverlust erlebt. Das ist die Furcht, die Beschäftigte umtreibt. Es ist noch nicht unbedingt die Angst vor Erwerbslosigkeit.

Insgesamt gibt zu wenig Planungssicherheit für die industriellen Akteure. Das führt zur Zurückhaltung von Investitionen, und das ist ein Großteil der Krise. Was wir bräuchten, wäre eine gut durchfinanzierte, langfristig angelegte Industrie- und Wirtschaftspolitik, angefangen von der Infrastruktur bis zu den Knotenpunkten der Transformation. Das hat die Ampel-Regierung nicht gemacht. Mit dem Koalitionspartner FDP gab es in der Regierung immer eine Gegenstimme zu Langfristigkeit und Planmäßigkeit. Wir brauchen große Investitionen in die Infrastruktur, 600 Milliarden jährlich Minimum. Das muss finanziert werden. Dass das mit einer Schuldenbremse in der jetzigen Form nicht geht, ist klar. Wer will, dass umgebaut, also dass real dekarbonisiert wird, braucht einen Plan dafür. Wenn Sie das nicht haben, kriegen Sie die Investitionen nicht.

Vor allem die Grünen haben nicht genügend gesehen, dass ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu machen ist. In der Facharbeiterschaft in der Automobilindustrie besteht der Eindruck, dass der Staat in die individuellen Konzepte vom guten Leben eingreift. Das Problem der Grünen ist, dass sie das einfach nicht wahrhaben wollen. Nun verlieren sie nicht nur die Arbeiter, die in großen Teilen ohnehin nie zu ihrer Anhängerschaft gehörten. Sie machen sie sich zu Feinden.

Das Ergebnis auch auf EU-Ebene ist ökologische Konterrevolution. Wird nur über Markt und Preis reguliert, drohen zwei Effekte: Entweder der CO₂-Preis ist zu niedrig, dann hat er keine Lenkungswirkung für die Wirtschaft. Ist er zu hoch, werden die kleinen Portemonnaies am stärksten belastet, wenn es keinen Ausgleich wie das Klimageld gibt, was ja nur ein partieller Ausgleich wäre. Das könnte bedeuten, dass jene Erfolg haben, die suggerieren, man könne so weitermachen wie bisher. Im Moment erleben wir, dass die ökologischen Fragen nicht nur in Deutschland in brachialer Geschwindigkeit von der Platte geputzt werden. Untätigkeit wird dazu führen, dass ökologische Großgefahren in ihren Wirkungen umso stärker werden. Mit einer zerstörten Natur lässt sich aber keine florierende Wirtschaft machen.

Leider ist nirgendwo in einem relevanten Maß gelungen, die himmelschreiende Ungleichheit so zu politisieren, dass sie Wasser auf die Mühlen der Linken ist. Das gilt nicht nur für Deutschland. In Griechenland und Spanien feierten Parteien wie Syriza und Podemos zwar kurzzeitig spektakuläre Wahlerfolge. Aber der politische Effekt war letztlich gleich Null. Niemand traut der Linken – in all ihren politischen Strömungen – noch zu, dass sie an den als ungerecht empfundenen Vermögens- und Einkommensverhältnissen etwas zu ändern vermag. Niemand glaubt ernsthaft, dass die Elon Musks dieser Welt tatsächlich zur Kasse gebeten werden. In repräsentativen Umfragen sagen über 90 Prozent, der gesellschaftliche Reichtum müsste gerechter verteilt sein. Aber je weniger geglaubt wird, dass das möglich ist, desto stärker ist die Tendenz, die wahrgenommenen Unterschiede im eigenen sozialen Umfeld zu Gegensätzen um Alles oder Nichts aufzubauschen. Das ist der Effekt, und das geht gegen die Linke. Die AfD inszeniert das: Da werden Oben-Unten-Konflikte umdefiniert in Konflikte zwischen den Nicht-Anspruchsberechtigten, die von außen einwandern, und denen der sogenannten „autochthonen“ Bevölkerung, die angeblich ihres Sozialvermögens beraubt wird.

Um dagegenzuhalten, benötigt die gesamte europäische Linke ein gemeinsames, verbindendes Projekt. Ich werfe mal das Stichwort ökologischer Sozialstaat in die Debatte. Das würde zum Beispiel heißen: Je größer der ökologische Fußabdruck – der steigt mit Einkommen und Vermögen – desto größer muss der Anteil sein, den jemand leistet für den sozial-ökologischen Umbau. Das wäre ein fundamentales Gerechtigkeitsprinzip. Es würde auch bedeuten, die sozialen Sicherungssysteme robust zu machen, vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Dass die soziale Frage im Kontext der ökologischen Frage gestellt werden muss, das geht gar nicht mehr anders im 21. Jahrhundert. Aber umgekehrt gilt das eben auch.